

Düsseldorfer Zeitung

Verantw. f. Politik P. Mühel; Handelsstell. Dr. C. Hegemann; Feuilleton G. Lühse; Lokales F. Toppel; für den übrigen Teil J. F. Heilmann; für Anz. J. Blum; sämtl. in Düsseldorf; Druck u. Verlag D. Ztg. A.-G.

Beht Erzberger? — Neue Umsturzpläne. Ein englisches Geständnis. — Räubergeschichten.

Rücktritt Erzbergers in Sicht?

DZ Berlin, 17. Sept. (Drahtb.) Zu der Nachricht des Bochumer Freien Wortes, daß das Reichskabinet sich über die Notwendigkeit des Rücktritts Erzbergers einig sei, schreibt das Berliner Tageblatt: Erzberger selbst scheint zurzeit keine Neigung zu haben, seinen Platz zu räumen. Gegenstand von Kabinettsbesprechungen ist die Möglichkeit seines Rücktritts bisher auch nicht gewesen.

Eine Riesenkundgebung gegen Erzberger hatte gestern Abend die Deutsche Volkspartei veranstaltet. Über 9000 Einzelpersonen waren erschienen. Der frühere preussische Finanzminister Dr. Henke sagte, über alle Treffen auf Erzberger, wo für das Vaterland Verhängnisvolles geschehen sei. Abgeordneter Dr. Kaufmann bezeichnete die Handlungsweise Erzbergers gegen den Kaiser als eine Gemeinheit. Staatssekretär Helfferich sagte, in den Händen Erzbergers sei das deutsche Volk dem Untergang geweiht. Er werde sich von seinem Kampf nicht durch Erzbergers niederträchtige Drohung mit der Auslieferung abschrecken lassen. Er hoffe, daß Erzberger das Gerichtsverfahren als Reichsfinanzminister nicht überleben werde.

Sü Berlin, 17. Sept. (Drahtb.) Das freie Wort meldet weiter über Erzbergers Rücktritt, es solle ihm nur noch eine kurze Amtsfrist eingeräumt werden, um den Rücktritt nicht mit den Angriffen der jüngsten Zeit in Zusammenhang zu bringen.

Amerika und der Friede.

DZ Haag, 16. Sept. (Drahtb.) Bei Beginn der Sitzungsarbeiten über das Friedensabkommen sagte der demokratische Senator Jones, wenn die vom Senatsausschuß bewilligten Vorbehalte vom Senat angenommen werden, so sei das ganze Friedensabkommen infällig.

Fiume.

DZ Lugano, 17. Sept. (Drahtb.) Da die Gegenmaßnahmen der Regierung im Fiumegeschäft allig erfolglos waren, soll der Rücktritt des Kabinetts unmittelbar bevorstehen. Nach dem Secolo soll die Freischär von d'Annunzio bereits 20 000 Mann umfassen.

El Lugano, 17. Sept. (Drahtb.) Die Fiume Nationalen melden: d'Annunzio ließ die Fiumer Grenze besetzen, um gegen einen jugoslawischen Angriff geschützt zu sein. Für die Lebensmittellieferung in Fiume sind neue Verfügungen getroffen worden. Das Blatt versichert, es seien Vorkehrungen getroffen worden, die Stadt an jenem Tage zu zerschüttern, an dem sie nicht mehr Widerstand leisten könne.

Deutschland und Polen.

DZ Berlin, 17. Sept. (Drahtb.) Nach der Post ist die Wiederaufnahme der Beziehungen zwischen Polen und Deutschland von den Verhandlungsausschüssen der beiden Staatsregierungen beantragt worden.

DZ Berlin, 17. Sept. (Drahtb.) Aus verschiedenen Grenzorten Oberschlesiens laufen Nachrichten ein, nach denen in den nächsten Tagen mit neuen polnischen Angriffen zu rechnen sei. Auch an den Berliner amtlichen Stellen sind derartige Andeutungen bekannt, jedoch nimmt man hier an, daß die polnische Regierung infolge des Eingreifens der Verbündeten gegen neue Unternehmungen werden werde.

Oberst Reinhardt.

DZ Berlin, 17. Sept. (Drahtb.) Oberst Reinhardt erklärte einem Mitarbeiter des Lokalanzeigers, daß er kein Politiker sei, daß er sich nie mit Politik beschäftigt habe und nur an eines denke, wie er mit seiner Truppe in dem lieben Vaterlande Ordnung schaffen könne. Das tue uns not, und es handle sich nicht um Monarchie oder Republik, sondern um Ordnung oder Bolschewismus. Bei den Kämpfen mit denen wir täglich noch rechnen müßten —

und er sei überzeugt, daß sie bald kommen würden — brauchen wir die Truppen. Sollen diese nicht in fester Hand und durch Disziplin und Parteigeiz gezwungen, so versagen sie, und was dann geschehe, könne man sich denken. Für ihn sei Reuendorf erledigt. Er bewahre sich ganz entschieden dagegen, monarchistisch propagandistisch zu haben in einer Zeit, die uns von Tag zu Tag dem Bolschewismus infolge des Zusammenbruches der militärischen Macht näher bringe.

Räubergeschichten.

DZ Berlin, 17. Sept. (Drahtb.) Mit Enttäuschungen aus dem Baltikum macht sich der Vorwärt der Freiheit Wettbewerb. Von einem aus dem Baltikum zurückgekehrten Genossen läßt er sich berichten, daß dort die Militärbewegung trotz des von der Regierung beabsichtigten Abzuges schnell anwuchs. Ein Teil der Offiziere spreche offen aus, daß man für das Kaiserreich gegen die Demokratie kämpfen wolle, und bald Roske mit seinen Soldaten besiegen werde. Unter den deutschen Truppen im Baltikum befänden sich viele arbeitsscheue Elemente, die auf Raub und Plünderung (1) ausgingen. Nach zuverlässigen Angaben koste das deutsch-baltische Landheer täglich über 800 000 Mark. Es wird gefragt, wer diese Kosten trägt.

Dichtung oder Wahrheit?

DZ Berlin, 17. Sept. (Drahtb.) Die Bolschische Zeitung verzeichnet aus angeblich zuverlässiger Quelle Berichte über ein neues sehr starkes Aufflammen der welfischen Bewegung in Hannover, die in ihrer heutigen Form einen ausgesprochen royalistischen Charakter habe. Man rechne in welfischen Kreisen für die nächste Zeit mit kommunistischen Unruhen in Hannover. Diese sollen sofort mit größter Kraft niedergeschlagen und dann die Monarchie Hannover ausgerufen werden. Ausichten für die Krone hätten die Mitglieder des Hauses Cumberland. Die preussische, schlesische und pommerische Verbindungsleute wollten dann auf dem Umwege über Hannover zur Wiedererrichtung der Monarchie im ganzen Reich gelangen.

In Vorbereitung neuer Umsturzpläne.

Aus dem Ruhrgebiet wird uns geschrieben: Als im letzten Frühjahr der großzügig angelegte Umsturzversuch, das ganze Ruhrkohlenrevier durch ein einheitliches Vorgehen der bewaffneten revolutionären Truppen vom Wuppertal, von Düsseldorf und von Mülheim aus in die Gewalt der Spartakisten zu bringen, die Regierungstruppen zu entwaffnen und die Räterepublik auszurufen, verraten und am Tage vor dem verabredeten Schlage vereitelt wurde, ließ die Regierung an vielen Orten des Ruhrreviers die gefährlichsten Führer der Umsturzbewegung festsetzen. Seit jener Zeit ist die Ruhe im rheinisch-westfälischen Industriegebiet ernstlich nicht mehr gestört worden. Nach den äußerlich ruhig verlaufenen Sommermonaten sind in der letzten Zeit an verschiedenen Orten des Reiches drohende Sturmzeichen wieder emporgestiegen. Man gehe nur unter die Bergarbeiterchaft des Ruhrreviers, und man wird erstaunt sein, mit welcher Offenheit über Dinge gesprochen wird, denen man dort für den kommenden Winter entgegensteht.

Es sind zwei Monate her, da tagte in einem großen Saal zu Essen eine aus den Städten des Ruhrreviers stark besuchte kommunistische Versammlung, in der ein bolschewistischer Agitator aus Berlin, der mit russischen Bolschewisten in dauernder enger Fühlung steht, geheimnisvoll verkündete, die deutschen Kommunisten würden nur auf das Signal zum Umsturz, das über kurz oder lang gemeinsam von deutschen und russischen Führern gegeben werde. An diese geheimnisvolle Ankündigung wird man lebhaft erinnert, wenn man hört, was Ende des Monats August in einer süddeutschen Stadt vor sich gegangen ist. Dort hielten revolutionäre Führer aus Deutschland und Rußland eine gemeinsame geheime Konferenz ab, in der man sich mit den vorbereitenden Maßnahmen zu dem geplanten neuen Umsturz beschäftigte. Daß die neue Umsturzbewegung auf eine breitere Grundlage gestellt werden soll, ist mehr oder weniger offenes Geheimnis. Weniger bekannt aber war bisher, daß die deutschen revolutionären Führer sich zur Durchführung ihrer Umsturzpläne direkt mit russischen Bolschewisten verbündet haben. Damit nicht genug. Wir sind in der Lage, mitzuteilen, daß in

der fraglichen Geheimkonferenz beschlossen worden ist, daß russische bolschewistische Offiziere die oberste Leitung des neuen kommunistischen Umsturzunternehmens in Deutschland übernehmen. Die Konferenz hat den Anschlag bis ins einzelne genau ausgearbeitet. Das erste Ziel des Umsturzplanes ist die Entlohnung der Reichswehr. Eine Zentralleitung, die ihren Sitz in Leipzig hat, soll die Umsturzbewegung praktisch durchführen. Die Konferenz beschloß weiter, die Mitglieder der kommunistischen Partei und die roten Kompanien im geheimen zu bewaffnen. Zu einem Zeitpunkt, der von der Leipziger Zentralleitung bestimmt und der vom Zustand und der Stärke der Reichswehr abhängig gemacht wird, soll überall gleichzeitig zu einem energiegelassen Schläge ausgeteilt werden. Den Auftakt wird der allgemeine Generalstreik in familiären deutschen Industriekernen bilden, dem der Umsturz auf dem Fuße folgen soll. Nach Stilllegung der Betriebe sollen auf ein gegebenes Zeichen in allen deutschen Industrievierteln mit einem Schläge die Unruhen ausbrechen. Diese Taktik verfolgt eine Verzeitelung der Regierungstruppen. Wenn es gelungen ist, die Regierungstruppen zur Dämpfung der Unruhen in die einzelnen Industriorte zu locken, dann soll während einer bestimmten Nacht der Angriffplan auf die Städte und die Truppen auszuführen werden. Russische und deutsche revolutionäre Führer, die sich zurzeit an den verschiedensten Orten Deutschlands aufhalten und die heute schon mit ihrer Aufgabe betraut sind, werden rechtzeitig an die ihnen zugewiesenen Schauplätze abreisen und die Angriffsoperationen leiten. Die gefangen genommenen oder übergelassenen Regierungssoldaten sollen einzeln unter die rote Garbe verteilt werden. Die Führer des Umsturzes setzen hierbei vor allen Dingen ihre Hoffnung auf den ersten überraschenden Augenblickserfolg. Falls dieser auf Seiten der Kommunisten ist, rechnen sie mit einem Massenüberlauf der Regierungssoldaten. Ist der Plan gescheitert, dann tritt in Brämschweig die Zentralgefechtsleitung in Tätigkeit, die die sofortige Errichtung von Revolutionärsribunalen und den schleunigen Anschlag der inwärtigen ausgerufenen deutschen Räterepublik an Sowjet-Rußland veranlaßt. Der Umsturzgedanke soll dann weiter getragen werden in die Nachbarländer, und innerhalb weniger Wochen hoffen die bolschewistischen Führer die heisse und krebte Weltrevolution entfesselt zu haben. Auch für den Fall, daß der Umsturzplan mißlingen sollte, hat man entsprechende Maßnahmen getroffen. In diesem Fall wollen die Kommunisten die Unabhängigen zwingen, ihnen die gegenwärtige Regierung fürzugeben zu helfen, um eine bürgerliche Regierung aus Rußland zu bringen. Sie rechnen damit, daß alsdann die Mehrheitssozialisten in das linke Lager übergehen werden. Die Kommunisten hoffen dann unter dem Zeichen einer Einigung der sozialistischen Parteien die bürgerliche Regierung beseitigen und die Gewalt an sich reißen zu können.

Diese geheimen Umtriebe lassen mit ungewöhnlichem Ernst erkennen, daß das deutsche Volk in seiner schwierigen Lage erneut von schweren Gefahren umgeben ist. Die Gefahr unterzücken, diese Gefahr nur noch vergrößern. Im Ruhrbergbau wird neuerdings wieder leichtfertig mit dem Feuer des Streikgedankens gespielt. Es wird namentlich befürchtet, daß der Ruhrkohlenbergbau über kurz oder lang von neuen Kämpfen erschüttert werden könnte. Möge sich doch die Berg- und Industriearbeiterchaft heute ernstlich bewußt sein, daß letzten Endes etwas anderes gespielt wird, als das Spiel von der Sozialisierung des Bergbaues und der Sechstundenschicht.

Ein Deutschfeind amerikanischer Vertreter für Berlin?

DZ Rotterdam, 17. Sept. (Drahtb.) Aus New York wird bestätigt, daß George Mac Ameny, Verlagsdirektor der New York Times, zum amerikanischen Botschafter in Berlin ernannt worden ist. Er gehört zu den bekanntesten amerikanischen Zeitungsleitern und Politikern. Er begann als Journalist an verschiedenen New Yorker Zeitungen. 1914 wurde er Vorsitzender des New Yorker Gemeinderates und stellvertretender Oberbürgermeister. Von dieser Stellung trat er im Januar 1916 zurück, um Verlagsdirektor der New York Times zu werden. Er hat großen Anteil an der Finanzierung der Untergrundbahnen von New York gehabt und ist Präsident der New Yorker Kindergarteneinigung. Politisch gehört er der Demokratischen Partei an.

Das Blatt, das er geschäftlich leitet, hat sich während des Krieges bekanntlich deutschfeindlich gezeigt. Wie weit er dazu beigetragen hat, ist hier nicht bekannt.

Wird sich das Deutsche Reich einen Deutschfeind gefallen lassen?

Ein italienischer Deutschenfreund.

DZ Rotterdam, 16. Sept. (Drahtb.) Der Berichterstatter der Times meldet aus Mailand, daß Bertolini durch die Regierung zum Vertreter Italiens in der Wiederaufbaukommission ernannt worden sei. Bertolini war während des Krieges der aufrichtigste Deutschenfreund, der er stets gewesen war.

Gegen die Teuerung.

DZ München, 17. Sept. (Drahtb.) Die bayerische Regierung hat an die Reichsregierung Vorschläge gerichtet, die Zollgrenze im Westen wieder zu schließen, sofort einheitliche Richtlinien zur Bekämpfung der wucherischen Preissteigerung zu erlassen und die Zwangswirtschaft für Hafer sowie für Hüte und Leder sofort wieder einzuführen.

Fleisch und Fett.

DZ Berlin, 17. Sept. (Drahtb.) Von unterrichteter Seite erfährt das Berliner Tageblatt über die Versorgung mit Fleisch und Fett, daß mit einer schnell zunehmenden Besserung der Fleischversorgung nicht gerechnet werden darf. Es werde aber voraussichtlich möglich sein, die Verteilungsmengen auf der bisherigen Höhe zu erhalten. Wesentlich träger sind die Ausichten der Fettversorgung. Eine Besserung könne erst nach erfolgter Auffüllung der Viehbestände eintreten, das sei frühestens in etwa fünf Jahren. In der Margarineherstellung dürfte während der nächsten Monate ein Rückgang eintreten.

Beratungen der Industrie über die Betriebsräte.

DZ Berlin, 17. Sept. (Drahtb.) Der Vorstand des Reichsverbandes der deutschen Industrie hat beschlossen, gemeinsam mit der Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände am 24. September eine Besprechung des Geschäftswortes über die Betriebsräte durch Vertreter aller Körperschaften der deutschen Industrie zu veranstalten. In der Einladung dazu heißt es: Der künftige Einfluß der Betriebsräte auf die Betriebsleitung, ihr Mitbestimmungsrecht, der Zwang zur Vorlegung des Geschäftsabchlusses, die Abordnung in den Aufsichtsrat, erscheinen so gefährlich, daß der Entwurf in dieser Form nicht Geseh werden darf.

Unglaublich!

DZ München, 17. Sept. (Drahtb.) Hier geht das Gerücht um, daß der zu längerer Festungshaft verurteilte Häuptling der Kabilalen, Toller, frei herumlaufe. Dieses Gerücht ist darauf zurückzuführen, daß Toller täglich in einem Auto (H) zu einem Zahnarzt fuhr. Viel Aergernis erregte auch das Benehmen zweier Frauenzimmer, die Toller und Axelrod das Essen in das Gefängnis brachten und diese täglich besuchten.

Das rheinische Zentrum über das Rheinland.

DZ Köln, 16. Sept. Der rheinische Zentrumsparteitag hat heute für die Rheinlandfrage folgende Leitsätze aufgestellt:

1. Die Verwirklichung der rheinischen Selbständigkeitswünsche im Rahmen des Deutschen Reiches soll nur im Zusammenhang mit der territorialen Umgestaltung des Reiches unter dem Gesichtspunkt des gesamtdeutschen Interesses und auf dem durch die Reichsverfassung vorgesehenen Wege geschehen.
2. Das Endziel der auf die territoriale Neuorganisation unseres Vaterlandes gerichteten Bestrebungen soll die Schaffung eines organischen deutschen Einheitsstaates mit autonomen Stammesländern sein, wobei die bisherigen Bundesstaaten aufgeteilt bzw. zusammengelegt werden und insbesondere Preußen seine Vormachtstellung aufgibt. Es sollen gleichberechtigte und möglichst gleichwertige Länder (Selbstverwaltungskörper) gebildet werden, die tunlichst auf der Grundlage der Stammesgemeinschaft und im Sinne wirtschaftlicher und kultureller Höchstleistung geschaffen und mit möglichst weitgehender Selbstverwaltung ausgestattet werden.

3. Für den Fall, daß die Verwirklichung des Einheitsstaates im Sinne der Punkte 1 und 2 dieser Entschließung aussichtslos wird, können die Bestrebungen auf Bildung neuer Bundesstaaten nach Artikel 18 der Verfassung wieder aufgenommen werden.

4. Die deutsche Reichsverfassung und ihre auf die territoriale Neugliederung Deutschlands bezüglichen Bestimmungen erkennen wir rückhaltlos an. Wir erwarten jedoch, daß Regierung und Volksvertretung die in Artikel 167 vorgesehene zweijährige Sperrfrist nicht aufrechterhalten wird, falls nationale Notwendigkeiten und rheinische Lebensinteressen im Zukunft die sofortige Beseitigung erfordern sollten.

5. Für die Zwischenzeit fordern wir für die preussischen Provinzen weitgehende Autonomie. Die von Preußen in Aussicht gestellte Scheinautonomie (!) kann dem rheinischen Volke in keiner Weise genügen. (!)

6. Wer sich an Bestrebungen beteiligt, die offen oder versteckt auf eine Loslösung vom Reiche hinarbeiten, schädigt die nationalen, kulturellen und wirtschaftlichen Interessen der rheinischen Bevölkerung und stellt sich außerhalb der deutschen Zentrumspartei.

7. Der Parteitag fordert die Reichsregierung auf, den inneren Umbau des Reiches im vorgedachten Sinne so rasch als möglich vorzunehmen.

18. Berlin, 17. Sept. (Drahtb.) Unter der Überschrift: Zerstückelung oder Autonomie! schreibt der Präsident des preussischen Staatsministeriums Hirsch in der Deutschen Allgemeinen Zeitung: Die auf eine Zerstückelung Preußens gerichtete Agitation will nicht zur Ruhe kommen. Der Schaden bliebe nicht auf Preußen beschränkt; auch Deutschland würde durch die Gründung neuer Freistaaten auf Kosten Preußens sehr geschädigt werden. Das neue Preußen will für sich keine Sonderrechte. Der Entwurf eines Gesetzes über die Erweiterung der Selbstständigkeitsrechte der Provinzialverbände bewegt sich in der Richtung der Politik der heutigen Regierung, die in der Einräumung eines größeren Maßes von Selbstständigkeit für die berechtigten Sonderheiten der einzelnen Provinzen und in der Gewährung weitgehender Bewegungsfreiheit der auf ihre Landmannschaft folgenden Bevölkerung die bessere Grundlage für den Zusammenhalt des Ganzen erblickt. Die Regierung will mit dem Autonomiegesetz der in Aussicht genommenen Verwaltungsreform nicht vorgreifen. Was die Regierung vorschlägt, ist kein Sondergesetz für die Rheinprovinz oder für Oberschlesien, sondern die Autonomie solle allen Provinzen ohne Unterschied gegeben werden. Auf dem Parteitag des rheinischen Zentrums sagte Geheimrat Trimborn, das Zentrum will den Einheitsstaat, aber nicht den zentralistischen, sondern den dezentralisierten. Die Selbstständigkeit könne nicht mehr die alte föderalistische sein.

Der Verband und Rußland.

19. Rotterdam, 17. Sept. (Drahtb.) Der Oberste Rat hat gestern früh die russische Frage beraten. Er hat die britische Räumungspolitik gutgeheißen und sich gegen jede Unternehmung der Verbündeten in Rußland ausgesprochen. Die Times sagen, es sei klar, daß vor der Räumung etwas Entscheidendes geschehen müsse. Auch Manchester Guardian meint, die Räumung werde über Petersburg durch die Dnieper vor sich gehen.

„Kameraden.“

Der Roman einer Frauenärztin.
Von Eva Schröder-Holst.

33

„Ich denke, Philippi ist noch gar nicht alt — aber er ist ein Schüler des Geheimrats?“
„Nein — nein, ich glaube, er hat in Bonn bei Thomas promoviert — Daniel kam nur viel auf den gynäkologischen Versammlungen mit ihm zusammen. Ich glaube, er kann höchstens 45 Jahre zählen.“

„Hat es verdammt weit gebracht — soll nebenbei ein hervorragendes Rebnertalent haben,“ warf Waldbau ein.

Sie waren zusammen in die Halle getreten — da fiel Lora ein, daß sie einen Artikel in der vorigen Nummer der Wochenschrift neulich nicht zu Ende gelesen hatte und sie bat ihn, ob sie das Blatt noch einmal bekommen könnte.

„Ich werde die Nummer gleich herausuchen,“ sagte Waldbau, „bitte, halten Sie solange ein; hoffentlich habe ich die Blätter nicht wieder alle durcheinandergeworfen, das ist nämlich eine schwache Seite bei mir.“ Er nahm einen Stoß Zeitungen. „Natürlich, die Februarnummer liegt obenauf und die vom 25. Juni sicher sonstwo.“ Er begann zu suchen.

„Kann ich die Blätter alle mit hinüber nehmen, Herr Doktor, und gleich fortieren?“

„Oh, da wäre ich Ihnen sehr dankbar, Fräulein Hersfeld, es ist ein ganzer Stapel, und ich mache es ungern, es ist mir, offen gestanden, zu langweilig.“

Lore lächelte, und bei sich dachte sie: „Jetzt habe ich ihn in der besten Laune, jetzt frage ich.“ Sie griff nach den Zeitschriften und schob sie unter den Arm.

„Herr Doktor, ich habe eine große Bitte.“ Sie machte dabei ein Gesicht, wie ein Kind, das um eine Zuckerrübe bittet — sie sah wieder einmal totet aus. Aus Günters Augen brang ein frohes Leuchten. „Und die lautet?“ fragte er lächelnd. „Zwei Tage Urlaub,“ sagte Lore, die Augen hebend.

Er sah sie an — selbst, es lag etwas Bärtliches, fast Rosenendes in diesem Bild. Eine feine Rote flieg ihm in die Wangen.

„Oh,“ sagte er, „wollen Sie verreisen?“

Ein englisches Geständnis.

20. Kopenhagen, 17. Sept. (Drahtb.) Mit einer interessanten Enthüllung ist jetzt der englische Kommandeur Gwynne hervorgetreten. Er gibt nunmehr, da der Krieg vorbei ist, unumwunden zu, daß vier Fünftel sämtlicher Seeminen von englischen Handelsschiffen ausgelegt worden sind, die sich also an der Kriegsführung aktiv beteiligt haben.

Nationalisierung in England.

21. Amsterdam, 17. Sept. (Drahtb.) Aus London wird dem Handelsblatt unter dem 16. Sept. gemeldet: Der Grubenarbeiterverband wird zusammen mit dem Vorstand der Arbeiterpartei und dem Parlamentsausschuß der Gewerkschaftstagung einen großen Feldzug zugunsten der Nationalisierung der Kohlengruben beginnen.

Ein neues Blatt Lloyd Georges.

22. Amsterdam, 17. Sept. (Drahtb.) Am Montag ist in ganz England ein Blatt mit dem Titel „Die Zukunft“ verbreitet worden. Das Blatt ist auf Veranlassung von Lloyd George, herausgegeben worden und enthält Erklärungen der bedeutendsten Staatsmänner über die Zukunft. Diese Vorkast an das englische Volk trägt den Untertitel: „Regierungserklärungen über nationale Bedürfnisse und nationale Politik.“ — In dem Telegramm wird darüber gemeldet: Auf den Redaktionsbüros und in den politischen Klubs wird eifrig über das neue Blatt gesprochen. — Der Star sagt, daß der Schriftleiter der Zukunft, Wallis Myers, vor dem Kriege ein bekannter Lawn-Tennis-Spieler und während des Krieges als amtlicher Werbeschriftsteller tätig war.

Eine Verschwörung in England?

23. London, 17. Sept. (Drahtb.) Die Regierung behauptet, daß das Bestehen einer Verschwörung von Anarchisten und Arbeitern mit dem Zwecke, revolutionäre Zustände anzuketteln, die Inhaber öffentlicher Ämter zu ermorden und die Zügel der Regierung an sich zu reißen.

Litauische Unfähigkeit.

24. Rotterdam, 17. Sept. (Drahtb.) Der russische Berichterstatter des Neuen Rotterdamschen Courant sagt, es stelle sich schon heraus, daß die Litauer nicht imstande sind, die von den Deutschen angefangenen Kulturarbeiten an Straßen und Eisenbahnen fortzuführen. Nichts klappt mehr. Die Bolschewisten erheben schon wieder ihr Haupt.

Eine Niederlage der Bolschewisten.

25. Zürich, 17. Sept. (Drahtb.) Nach einer Hasameldung haben die Polen einen entscheidenden Sieg gegen die Bolschewisten davongetragen, der ihnen die Hauptstraße nach Moskau öffnet.

Flucht des Präsidenten von Honduras.

26. Berlin, 17. Sept. (Drahtb.) Laut Lokal-anzeiger hat die Revolution in Honduras damit geendet, daß der Präsident geflohen ist, und daß in Honduras eine neue Regierung errichtet wurde.

Die Washingtoner Arbeiterkonferenz.

27. Bern, 16. Sept. (Drahtb.) Das Zentral-Komitee des Schweizer Auswärtigen Bundes hat den

Beschluß gefaßt, daß der Besuch der Washingtoner Arbeiterkonferenz von einer Einladung an alle Länder abhängig gemacht werden soll.

Offener Brief an Herrn Schneppenhörn.

ehemaligen Minister für militärische Angelegenheiten in Bayern.

„Ihre Rundgebung an die bayerische Armee vom 22. August kam mir erst gestern zu Gesicht. — Sie wenden sich in der Rundgebung auch an alte Soldaten, die früher in der bayerischen Armee gedient haben, und sprechen uns mit „Kameraden“ und mit „Ihr“ an, fordern von uns die Hochachtung der „bayerischen Treue“.“

Sobiel mir bekannt ist, haben Sie nie in der bayerischen Armee gedient, sind überhaupt kein geborener Bayer. — Nicht das geringste Gefühl der Kameradschaft verbindet mich mit Ihnen, und es ist eine anmaßende Ueberhebung sondergleichen, daß Sie alte bayerische Soldaten mit „Ihr“ anreden. — Es klingt wie Hohn, wenn Sie, ein Emporkömmling der Revolution, die alten Soldaten der bayerischen Armee auffordern, an dem Wahlspruch „In Treue fest“ festzuhalten. — Ich bin der Zustimmung von Abertausenden alter bayerischen Soldaten, die die bayerische und deutsche Treue im Herzen bewahren, sicher, wenn ich Ihr anmaßendes Benehmen zurückweise, und wenn wir uns gerade von Ihnen, Herr Schneppenhörn, einen Appell an unsere Treue verbitten.“

gez. Hermann Freiherr v. Gebfattel,
Generalmajor z. D.

Steuer- und Reichsabgabenordnung.

Der § 5 des Entwurfs der Reichsabgabenordnung bestimmt ganz allgemein, daß die Steuerpflicht nicht durch Mißbrauch von Formen und Gestaltungsmöglichkeiten des bürgerlichen Rechts umgangen oder gemindert werden könne und versucht den Tatbestand der mißbräuchlichen Steuerumgehung durch Aufzählung seiner verschiedenen Merkmale festzulegen. Nicht gegen die Bekämpfung der unzulässigen Steuerumgehung überhaupt, sondern gegen die hier angewandte Methode werden von der steuerrechtlichen Kritik erhebliche Bedenken geäußert. So wird in einem im Bank-Archiv vom 15. September dieses Jahres veröffentlichten eingehenden Aufsatz von Rechtsanwalt Dr. Rudolf Bhl dargestellt, daß angeführt der durch § 5 geschaffenen Unsicherheit über die Höhe der Steuerpflicht jeder Gewerbetreibende vorsichtigerweise bei seinen Kalkulationen damit rechnen müssen, daß ein ihm ungünstiger Standpunkt der Steuerbehörde für seine Steuerpflicht maßgebend wird; demgemäß werde er diejenigen Steuerbeträge einzusetzen müssen, die er nach seiner Berechnung im ungünstigsten Falle entrichten muß. Die Verteuerung der Ware, die hierdurch entsteht, belastet aber in letzter Linie den Konsumenten und damit die arbeitende Bevölkerung. Aus diesem sowie einer Reihe weiterer in dem Aufsatz dargelegter Gründe werde es erforderlich sein, nach einem Wege auszuweichen, der eine Generalklausel der im § 5 des Entwurfs aufgenommenen Art ent-

behrlich macht. Sie ist dann entbehrlich, wenn die Steuergehalte so abgefaßt werden, daß eine Umgehung nur in den allerersten Fällen zugänglich ist. Dieser Weg stellt sich an Fleiß und Sichtigkeit der Verfassungen unserer Gesetze erhöhte Anforderungen. Die Aussetzung für die Schaffung brauchbarer, ohne besondere Umgehungsläufe den Staat vor Schädigung sichernder Steuergehalte ist ferner, daß die künftigen auf Jahrzehnte berechneten Steuergehalte nicht in der gleichen Fortschrittigkeit werden, wie dies mit den bisherigen Gesetzen der Nationalabgabensammlung geschehen ist.

Sonstige Meldungen.

28. Berlin, 17. Sept. (Drahtb.) Am Montag brach bei der Standard Oil Company in New York ein Brand aus. Es explodierten 25 Oeltonnen. Als 300 Feuerwehrleute wurden verletzt. Der Bürgermeister entrannt mit knapper Not dem Tode.

29. Berlin, 17. Sept. (Drahtb.) Gestern abend gelang es, den Massenmörder Max Drewnitz, nach Verübung eines neuen Verbrechens an einem Gekerkten flüchtig geworden war, in Stettin zu ergreifen.

Berichtigung.

In dem Bericht der heutigen Morgen-Ausgabe über den gestrigen Vortrag des Abgeordneten Kempkes in der Deutschen Volkspartei ist ein störender Satzfehler enthalten. Es muß heißen: Die Deutsche Volkspartei ist nicht identisch mit der alten Nationalliberalen Partei (nicht, wie es versehentlich hieß, mit der Deutschnationalen Volkspartei), aber in dem Punkte stimme sie mit ihr überein, daß das Vaterland über der Partei stehe.

Königsallee-Diele (K. D. Bar) Tel. 5174 (am Corneliusplatz) geöffnet ab 10 Uhr morg. Nachmittags-Tee — Konzert — bis 11 Uhr abends	Trocadero Vornehmes Unterhaltungs-Weinhaus Gute Verpflegung. Besitzer H. Birnbach Kasernenstr. 49.
--	--



Augengläser und die äußere Erscheinung.

Viele, die Augengläser tragen sollten, unterlassen dies absichtlich, weil sie glauben, es schädige ihr Aussehen. Overhage's randlose, moderne Brillen und Kneifer sind leicht und fast unsichtbar. Sie entstellen die Träger nicht, sondern haben in manchen Fällen deren persönliche Erscheinung. Overhage's Augengläser werden aber nicht nur dem Gesichte, sondern auch den Augen selbst angepaßt. Gewissenhafte Augenuntersuchung u. fachmännische Beratung kostenlos in der optischen Anstalt Overhage, Schadowstr. 14.

Drucksachen aller Art liefert die Buchdruckerei der Düsseldorfer Zeitung A. A.